

Landesregierung stellt Weichen für neue EU-Förderperiode

(rb) Hannover. Intelligentes Wachstum ist das Leitmotiv, an dem sich alle Bundesländer orientieren müssen, die in der 2014 beginnenden neuen Förderperiode der Europäischen Union (EU) zum Zuge kommen wollen. Am Dienstag hat das Kabinett das Innovationskonzept „Fortschritt und Wachstum für Niedersachsen“ abgesegnet, an dem Wissenschaftsminister Prof. Dr. Johanna Wanka und Wirtschaftsminister Jörg Bode seit geraumer Zeit gemeinsam gearbeitet hatten. Nach der Kabinettsitzung stellten sie es in Hannover vor. Mit dem „verbindlichen“ Konzept würden die Weichen in Niedersachsen so gestellt, dass das Land auch in der kommenden EU-Förderperiode wieder erfolgreich sein könne. Dafür sei es erforderlich, das von der EU künftig noch stärker betonte Thema „Innovation“ bereits jetzt aufzugreifen und die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft als einen Schwerpunkt eindeutig festzulegen. Mit der Umsetzung des jetzt beschlossenen Innovationskonzepts könne Niedersachsen langfristig seine technologische Spitzenstellung halten sowie als Wirtschafts- und Forschungsstandort attraktiv bleiben, glauben Wanka und Bode. In dem mehr als 30 Seiten umfassenden Papier werden fünf zentrale „Zukunftsfelder“ benannt, die ressortübergreifend weiterentwickelt werden sollen: Energie, Mobilität, Landwirtschaft und Ernährung, Gesundheit, Küste und Meer. Die Landesinitiative Energiespeicher und -systeme soll weitergeführt und ausgebaut, die Energieforschung intensiviert und eine noch nicht näher definierte „Klimaschutzinstitution“ gegründet werden. Für das Zukunftsfeld Mobilität ist eine technologieübergreifende Landesinitiative geplant: Ausbau der Batterie-, Fahrzeugtechnik- und Verkehrsforschung, engere Kooperation der Niedersächsischen Technischen Hochschule mit der Industrie bzw. dem Niedersächsischen Forschungszentrum für Fahrzeugtechnik, Ausbau der branchenübergreifenden Forschung beim Leichtbau (CFK), Schwerpunktsetzung auf Luft- und Raumfahrt. Zudem soll die Landesinitiative „Ernährungswirtschaft-NieKE“ gestärkt werden: Eine Dialogplattform „Bioökonomie“ zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung ist ebenso geplant wie die Entwicklung des Leitbilds „Ernährungswirtschaft 2020“. Zusätzliche Impulse soll es auch für die Offshore-Windkraft, den Schiffbau und die Fördertechnik als zentrale Felder der maritimen Wirtschaft geben. Damit werde das Land als attraktiver Standort für die Entwicklung weltweit bedeutender Ideen für die Zukunft positioniert und der Transfer zwischen hochkarätiger Forschung und Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen weiter vorangetrieben, meinen Wanka und Bode.

Busemann: Vorratsdatenspeicherung ist grundgesetzkonform

(rb) Hannover. Mit Befremden hat Niedersachsens Justizminister Bernd Busemann am Dienstag auf die jüngste Äußerung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesjustizministerium, Dr. Max Stadler, reagiert. Der bayerische FDP-Politiker hatte am Montag im Petitionsausschuss des Bundestages zu Protokoll gegeben, er halte eine Vorratsdatenspeicherung ebenso wie Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger für grundrechtswidrig. Das Bundesverfassungsgericht habe im März 2010 die Vorratsdatenspeicherung ausdrücklich für zulässig erklärt und lediglich die damals geltenden Umsetzungsregelungen aufgehoben, entgegnete Busemann. Daher stehe einer neuen, angepassten Regelung nicht nur nichts im Wege, sondern sie sei zwingend geboten, damit Justiz- und Polizeibehörden nicht weiterhin an der effektiven Aufklärung schwerer und schwerster Straftaten gehindert würden. Karlsruhe habe in seinem Urteil deutlich gemacht, dass nur eine kontinuierliche Speicherung das Vorhandensein

eines vollständigen Datenbestandes für einen längeren Zeitraum gewährleiste, so dass auch das vom Bundesjustizministerium vorgeschlagene Quick-Freeze-Verfahren keine Alternative zur Vorratsdatenspeicherung sein könne. Er erwarte von hochrangigen Mitarbeitern des Ministeriums und erst recht von einer Justizministerin, dass sie Urteile konstruktiv umsetzen, betonte Busemann. Seit März 2010 habe die Ministerin den klaren Auftrag, die Vorratsdatenspeicherung neu zu regeln. Geschehen sei seither so gut wie nichts. Die fehlende Regelung schütze die Täter und werde den deutschen Steuerzahler Millionen Euro kosten, u.a. durch die anhängige Aufsichtsklage der Europäischen Kommission.

Hoffmann gegen Schwächung der Großstädte

(rb) Braunschweig. Angesichts mancherlei Überlegungen des SPD-Spitzenkandidaten und Oberbürgermeisterkollegen Stephan Weil zum Finanzausgleich hat der Braunschweiger OB, Dr. Gert Hoffmann, vor einer Schwächung der Großstädte gewarnt. Weils Idee, durch einen Demografiefaktor Kommunen mit Bevölkerungsschwund stärker zu fördern, stelle die bisherige Förderung der Großstädte auf den Prüfstand, kritisierte Hoffmann. Schließlich werde durch die sogenannte „Veredelung“ im Finanzausgleich der oberzentralen Versorgungsfunktion Rechnung getragen. Hoffmann betonte, dass Großstädte für die von ihnen vorzuhaltenden wichtigen zentralen Freizeit-, Kultur- Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen im Zeichen des demografischen Wandels hohe Lasten zu tragen hätten. Dafür müsse das Land weiterhin einen angemessenen Ausgleich bereitstellen. Im übrigen sei das Bevölkerungswachstum ein Kostenfaktor, etwa in Bezug auf die Kinderbetreuung, die Infrastruktur und den Öffentlichen Personennahverkehr, sagte er. Außerdem gebe es gerade in den Großstädten wegen des höheren Migrantenanteils spezielle kostentreibende Probleme. Zudem sei die Zahl der Langzeitarbeitslosen in den großen Städten höher als in den Gemeinden des „flachen Landes“, befand der Braunschweiger OB und verwies darauf, dass der Finanzausgleich bereits zu Lasten der Großstädte negativ verändert worden sei. Es sei zu bedauern, dass Großstädte in einem Flächenland wie Niedersachsen immer eine schwächere Lobby hätten als der ländliche Raum.

Zur Sache:

Konsequenzen aus dem Asse-Ausschuss

(rb) Nach dreijähriger Arbeit beendet der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Asse II am Donnerstag dieser Woche seine Tätigkeit im Landtag. Als erste haben die Grünen und die Fraktion der Linken bereits am Dienstag ihre Abschlussberichte vorgelegt. Trotz großer Einigkeit in der Einschätzung der Geschichte der Asse war es aus verschiedenen Gründen nicht gelungen, dass alle fünf Landtagsfraktionen eine gemeinsame Bewertung zu Protokoll geben. Die Grünen sehen dies unter anderem darin begründet, dass die Regierungsfractionen von CDU und FDP „in ihrer eigenen Historie gefangen“ seien, wie es die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Gabriele Heinen-Kljajic formulierte: Salz als Endlagermedium sei von Seiten der Koalition immer geschützt worden, man habe gleichsam eine „Brandmauer“ zwischen der Asse und Gorleben gezogen.

Die Grünen sehen das Medium Salz durch die Erkenntnisse aus dem Untersuchungsausschuss mittlerweile als diskreditiert an, wollen

es nach Angaben von Fraktionschef Stefan Wenzel jedoch nicht generell ausschließen bei der Endlagersuche. Die Entwicklung der Wassereinflüsse in der Asse, die es schon gegeben habe, als dort noch gar kein Atommüll eingelagert wurde, müsse jedoch Konsequenzen haben für die Endlagersuche und insbesondere für den Standort Gorleben, unterstrich Wenzel. Zu den Erkenntnissen der Ausschussarbeit zählte Wenzel auch und besonders die über Jahrzehnte hinweg bestehende Täuschung der Öffentlichkeit sowie die Verschleierung und Vertuschung der tatsächlichen Verhältnisse in dem Salzstock. Die Asse sei von der Atomwirtschaft als Entsorgungsnachweis der Atomreaktoren genutzt worden; entsprechend stark sei deren Druck gewesen, die Asse möglichst lange als Endlageroption offenzuhalten und die Salzlinie nicht in Frage zu stellen. Unterstützt worden sei dies von „willigen“ Wissenschaftlern. Für die Zukunft verlangte Heinen-Kljajic, dass der im Grundgesetz verankerten Wissenschaftsfreiheit eine

Wissenschaftsverantwortung an die Seite gestellt wird mit einer Informationspflicht, falls die Umsetzung von Forschungsergebnissen die Gefahr für Gesundheit und Leben berge.

Konsequenzen müsse das Ergebnis der umfangreichen Untersuchungstätigkeit des Ausschusses aber auch für die jeweils politisch Verantwortlichen in den zuständigen Ministerien haben, für die Atomwirtschaft und die ein-gesetzten Gutachter, deren Arbeit von allen Fraktionen massiv kritisiert worden war. Bei der Zuweisung der politischen Verantwortung wird auch die eigene rot-grüne Regierungszeit nicht ausgespart, wenn auch der damalige Bundesumweltminister Jürgen Trittin keine Zuständigkeit für die Asse hatte, sondern das Bundesforschungsministerium, wie Wenzel betonte. Er beklagte zudem, dass bislang lediglich zwei niedersächsische Beamte wegen dienstlicher Vergehen disziplinarisch belangt worden seien.

Als weitere Konsequenz nannte der Fraktionsvorsitzende die Notwendigkeit der Rückholung, die fraktionsübergreifend geteilt werde. Er forderte zudem die Beschleunigung des Atomausstiegs und eine Beteiligung der Atomindustrie an den Kosten der Asse-Sanierung. Es könne nicht sein, dass dort immer noch von der Atomkraft als billiger Energieform die Rede sei, während gleichzeitig die milliarden-schweren Kosten der Asse-Sanierung und der Endlagerung am Steuerzahler hängenblieben. Das Verursacher- und Vollkostenprinzip müsse grundlegend neu geregelt werden. Die Grünen verlangen auch, dass künftig die Verantwortung für grobe Fahrlässigkeit im Zusammenhang mit der Atommülllagerung strafrechtlich geahndet werden kann. Zudem müsse der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch im internationalen Recht verankert und mit entsprechenden Sanktionsmöglichkeiten versehen werden. az

Koalition kritisiert Asse-Abschlussbericht der Grünen

(rb) Hannover. Die von Grünen und Linken im Landtag am Dienstag vorgelegten Abschlussberichte zum Asse-Untersuchungsausschuss werden von den Koalitionsfraktionen als Wahlkampfmanöver kritisiert. Nach Meinung der Ausschuss-Obleute von CDU und FDP, Martin Bäumer und Björn Försterling, habe es über Monate hinweg ein Interesse an einem gemeinsamen Abschlussbericht aller Fraktionen gegeben; sie hätten jedoch mittlerweile den Eindruck, dass dieses Interesse bei der Opposition in Wahrheit gar nicht bestanden habe. CDU und FDP seien jederzeit gesprächsbereit gewesen auf der Grundlage ihres Sachberichts, der zudem viele Punkte enthalte, die sich auch in den jetzt veröffentlichten Bewertungen der Opposition zur Asse wiederfänden. Bäumer und Försterling verwiesen darauf, dass es bei der Asse schon lange nicht mehr um ideologisch motivierte Schuldzuweisungen in eine Richtung gehe, sondern um eine sichere Schließung der Asse zum Wohle der Menschen in der Region. Die Koalitionsfraktionen wollen nach Abschluss der Ausschussarbeit ihrem Sachbericht eine eigene politische Bewertung beifügen und darin alle politisch Verantwortlichen unabhängig von der jeweiligen Parteizugehörigkeit benennen. Einigkeit besteht zumindest darin, dass die umfangreiche Akten-sammlung des Untersuchungsausschusses aus Landes- und Bundesministerien sowie von allen anderen betroffenen Akteuren nicht aufgelöst, sondern zusammengehalten werden soll, um sie einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen und zur vertieften Befassung zugänglich zu machen. Ein entsprechender fraktionsübergreifender Antrag soll ins nächste Landtagsplenum eingebracht werden.

Personen und Positionen

(rb) Im Wirtschaftsministerium wird Ministerialrätin **Dr. Sandra Roddewig**, Leiterin der Referatsgruppe Z (Zentrale Dienste) sowie Leiterin des Kabinettsreferats, zur Leitenden Ministerialrätin auf Probe ernannt. Die Position wird mit B3 bewertet. Im Justizministerium wird Ministerialrat **Thomas Papies** aus der Abteilung III (Justizvollzug) der Dienstposten des Referatsleiters 301 (Personal, Haushalt, Organisation) übertragen. Die Position wird mit B2 bewertet. Im Finanzministerium wird der früheren Pressesprecherin, Sozialoberrätin **Birgit Diers**, in der Abteilung 4 des Ministeriums (Vermögen und Finanzierungen) der Dienstposten einer Referentin im Referat 41 (Bundestag, Bundesrat, Vermittlungsausschuss, Finanzministerkonferenzen) übertragen. Die Position wird mit A16 bewertet.